

*Die New York Times berichtet über Probleme, mit denen die NATO vor ihrem Gipfel in Warschau zu kämpfen hat.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 077/16 – 17.06.16**

## **Die von Russland unter Druck gesetzte NATO kämpft um ihre Glaubwürdigkeit**

Von Steven Erlanger

The New York Times, 31.05.16

( <http://www.nytimes.com/2016/06/01/world/europe/nato-russia.html> )

BRÜSSEL – Sechs Wochen vor einem wichtigen NATO-Gipfel, bei dem die Abschreckung gegen ein wieder erstarktes Russland ausgebaut werden soll, sieht sich das Bündnis mit einer langen Liste von Herausforderungen konfrontiert. So muss zunächst ein NATO-Staat gefunden werden, der die letzte von vier Militäreinheiten führt, die nach Polen und in die drei baltischen Staaten verlegt werden sollen.

Das ist nach Meinung von Analysten aber das kleinste Problem.

Die Sicherheitsprobleme sind jetzt wieder genau so groß, wie sie gegen Ende des Kalten Krieges waren. Die Beziehungen zwischen den europäischen NATO-Partnern sind allerdings durch die Flüchtlingskrise belastet. Die militärischen Aktivitäten Russlands auf der Krim und in der Ostukraine und die russischen Luftangriffe in Syrien haben gezeigt, dass Moskau über sehr wirksame Waffen verfügt. In jüngster Zeit hat Russland sogar offen mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen gedroht.

Trotz der wachsenden Bedrohung durch Russland wehren sich viele europäische Partner immer noch gegen Maßnahmen zur Stärkung der NATO. Sie halten frühere Zusagen nicht ein und weigern sich hartnäckig, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Italien und andere Staaten wollen sie sogar kürzen. Frankreich steht dem Bündnis wieder sehr viel kritischer gegenüber; es sieht in der NATO ein Instrument der US-Politik zur Einschränkung seiner Souveränität.

Außerdem hat Donald Trump, den die Republikaner vermutlich zu ihrem Präsidentschaftskandidaten küren werden, getönt, die NATO sei "obsolet" (überholt), weil einige Verbündete sich ohnehin von den USA "trennen" wollten; deshalb habe er nichts dagegen, wenn sich das Bündnis auflösen würde. Das ist zwar Wahlkampfgetöse, damit greift er aber die in der US-Bevölkerung wachsende Ansicht auf, dass die USA einen unverhältnismäßig hohen Anteil an den militärischen und finanziellen Belastungen der NATO tragen.

Große Probleme macht auch die Umsetzung einer Maßnahme, die NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg als "die wichtigste Verstärkung der kollektiven Verteidigung seit dem Ende des Kalten Krieges" bezeichnet hat: der Beschluss, vier Kampfataillone mit jeweils bis zu 1.000 Soldaten in die vier Frontstaaten zu verlegen, die eine gemeinsame Grenze mit Russland haben.

Die USA, Großbritannien und Deutschland sind bereit, die meisten Soldaten für jeweils ein Bataillon zu stellen; diese drei Bataillone sollen mit Soldaten anderer NATO-Staaten aufgefüllt werden, damit ihre multinationale Zusammensetzung gewahrt bleibt. Zur Übernah-

me der Führung des vierten Bataillons hat sich noch kein Bündnispartner bereit erklärt, obwohl der NATO-Gipfel bereits am 8. und 9. Juli in Warschau stattfindet.

Die USA dächten nicht daran, "zwei Bataillone zu stellen", teilte Douglas E. Lute, der US-Botschafter bei der NATO, mit. "Wir werden nur ein Bataillon schicken und erwarten, dass unsere Verbündeten die anderen drei stellen."

Größere NATO-Partner wie Italien und Frankreich haben sich bisher verweigert. Italien hat seine Militärausgaben sogar gekürzt, obwohl es sich vor zwei Jahren in Wales dazu verpflichtet hatte, sie deutlich zu erhöhen. (Weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP01215\\_180115.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01215_180115.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP20614\\_261214.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20614_261214.pdf) .) Seine Regierung hat erklärt, Italien habe seine Verpflichtung bereits bei der Verstärkung der schnellen Eingreiftruppe des Bündnisses erfüllt.

Und Frankreich, dessen sozialistische Regierung der von den USA dominierten NATO zunehmend misstraut, kann wegen der eigenen Militäreinsätze in Mali, in der Zentralafrikanischen Republik, in Nordafrika oder in Syrien und wegen der nach den Terroranschlägen verstärkten Militärpatrouillen im eigenen Land kein eigenes Bataillon zur Verfügung stellen.

Aus Frankreich, das erst gegen die Entsendung von NATO-Truppen in osteuropäische Partnerländer war, werden nach Auskunft von NATO-Offiziellen vermutlich nur etwa 150 Soldaten kommen. Deutschland, das die Entsendung von NATO-Truppen vor sechs Monaten noch abgelehnt hat, will jetzt sogar die Führung eines Bataillons übernehmen – unter der Bedingung, dass der Dialog mit Moskau wieder aufgenommen wird.

So geht die Suche nach einem NATO-Staat, der die Führung des vierten Bataillons übernimmt, weiter. Stoltenberg ist überzeugt davon, dass er spätestens beim NATO-Gipfel gefunden wird.

Die Entsendung der NATO-Truppen ist wichtig, weil diese Kampfataillone nicht nur die Funktion von Stolperdrähten haben sollen, sondern groß genug sein und über die entsprechende Ausrüstung verfügen werden, um einem Eindringling größeren Schaden zufügen zu können. Außerdem sollen sie umgehend durch die Enhanced Rapid Reaction Forces (die verstärkten schnellen Reaktionskräfte, s. [https://de.wikipedia.org/wiki/NATO\\_Response\\_Force](https://de.wikipedia.org/wiki/NATO_Response_Force) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP07615\\_130415.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07615_130415.pdf) ) der NATO und die aus rund 5.000 Soldaten bestehende, mit Panzern und Artillerie ausgerüstete schwere US-Kampfbrigade (weitere Infos dazu unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP04616\\_030416.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP04616_030416.pdf) ) unterstützt werden, die demnächst in die osteuropäischen NATO-Staaten rotieren wird. Später sollen es sogar insgesamt drei US-Kampfbrigaden werden. (Vorbereitungen dazu finden bereits in Baumholder statt, s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP05712\\_220416.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP05712_220416.pdf) .)

Polen möchte, dass ein Teil der Ausrüstung für die rotierenden US-Brigaden auch in Depots auf seinem Territorium bereitgestellt wird; derzeit ist der größte Teil dieser Ausrüstung noch in Deutschland, Belgien und den Niederlanden eingelagert, weil diese Staaten seit dem Kalten Krieg über die benötigten Lagerhäuser und Transportmöglichkeiten verfügen.

Bisher überwacht die NATO in den neuen NATO-Staaten in Mittel- und Osteuropa nur Infrastruktureinrichtungen wie Brücken, Straßen und Eisenbahnlinien; sie ist noch nicht darauf vorbereitet, wie diese im Falle einer russischen Invasion schnell gesichert werden

könnten. Der sofortige Neubau vorgeschobener Waffendepots und Infrastruktureinrichtungen in östlichen NATO-Staaten würde nach Meinung des US-amerikanischen NATO-Botschafters Lute zu große Summen verschlingen.

In Polen, das gern noch stärkere Abschreckungssignale nach Moskau senden möchte, haben gerade die Bauarbeiten für eine Raketenabwehrbasis begonnen (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP06416\\_230516.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06416_230516.pdf) ), die identisch mit der vor Kurzem in Rumänien in Dienst gestellten ist (s. dazu auch [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP06216\\_170516.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06216_170516.pdf) ). NATO-Generalsekretär Stoltenberg und Washington behaupten zwar immer noch, der US-Raketenabwehrschild sei nicht gegen russische Interkontinentalraketen gerichtet, Moskau nimmt ihnen das aber nicht ab.

Frankreichs Skepsis richtet sich auch gegen den Raketenabwehrschild; es befürchtet, dass wegen der kurzen Reaktionszeit bei einem Raketenangriff der Nordatlantikrat (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Nordatlantikrat> ), das politische Entscheidungsgremium des Bündnisses, übergangen werden könnte; dieser Rat besteht aus den Regierungschefs und NATO-Botschaftern aller Mitgliedsstaaten und kann nur einstimmige Beschlüsse fassen.

Aus dem gleichen Grund hat sich Frankreich auch dagegen gesträubt, dem NATO-Oberkommandierenden, der immer ein US-General ist (derzeit General Skaparrotti, s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP07016\\_060616.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP07016_060616.pdf) ), im Falle einer Krise die schnelle Beschlüsse erfordert, mehr Entscheidungsspielraum zu lassen (s. dazu auch [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP03512\\_040212.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf) ).

Der im Ausbau befindliche US-Raketenabwehrschild und neue Initiativen wie das Rotieren von US-Kampfbrigaden bis an die Grenzen Russlands, mit der das vertraglich vereinbarte Verbot, NATO-Truppen dauerhaft östlich der Oder-Neiße-Linie (der Ostgrenze der ehemaligen DDR) zu stationieren, umgangen wird, sowie die Verstärkung der Krisenreaktionskräfte, die innerhalb von 48 Stunden einsatzbereit sein sollen, sind Anzeichen dafür, dass sich die NATO durch die jüngsten Militäreinsätze Russlands zu Gegenmaßnahmen veranlasst sieht.

Die NATO versucht ihre gefährdeten Mitglieder – die baltischen Staaten, Polen und die ans Schwarze Meer grenzenden Bündnispartner Rumänien, Bulgarien und die Türkei zu beruhigen; sie stellt damit sicher, dass die vereinbarte kollektive Verteidigung im Falle eines Angriffs auf ein NATO-Mitglied für alle gilt. Dazu gehören u. a. der Ausbau der Raketenabwehr, mehr Marinemanöver im Schwarzen Meer und häufigere Aufklärungsflüge.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat erklärt, die russischen Militäreinsätze hätten wenigstens bewirkt, dass die von den europäischen Bündnispartnern seit Jahrzehnten betriebene Kürzung der Rüstungsausgaben gestoppt wurde. Er schätzt, dass die Militärausgaben im laufenden Jahr in den meisten Mitgliedsländern wieder steigen werden. Washington fordert schon lange, dass sie 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen sollen, wie es eine NATO-Richtlinie vorschreibt.

16 der 28 Mitgliedstaaten haben ihre Militärausgaben bereits erhöht; nur Italien, Bulgarien und Kroatien wollen vorläufig weiter kürzen. "Ich kenne die Stimmung in Washington und verstehe sie: Die US-Amerikaner wollen, dass die Europäer einen höheren Beitrag zu ihrer Verteidigung leisten," betonte Stoltenberg. "Darauf weise ich in den europäischen Hauptstädten immer wieder hin."

Zusätzlich gibt es noch ein weiteres, die NATO sehr beunruhigende Problem – die neue Militärdoktrin Russlands. Die russischen Militärs wollen schon zu Beginn einer militäri-

schen Auseinandersetzung taktische Atomwaffen einsetzen, um einen Angreifer an einem weiteren Vordringen auf russisches Territorium zu hindern, und den Konflikt anschließend "deeskalieren".

Einige NATO-Mitglieder befürchten, dass Russland in seiner Exklave Kaliningrad an der Ostsee schon Atomwaffen stationiert hat, weil bei einem Manöver bereits Raketen mit Atomsprengköpfen zu sehen waren. Es ist nicht geklärt, ob diese Atomwaffen wieder abgezogen wurden.

Obwohl sie wissen, dass die Bevölkerung den Einsatz von Atomwaffen ablehnt, haben NATO-Generalsekretär Stoltenberg, der US-amerikanische NATO-Botschafter Lute und andere betont, dass auch die NATO aus Gründen der Abschreckung ein "atomar bewaffnetes Bündnis" sein muss, das Cyber- und andere Angriffe entschieden abwehren kann – mit konventionellen und, falls es notwendig sein sollte, auch mit Atomwaffen.

Die NATO unterhalte ihr Atomwaffenarsenal nur zur politischen Abschreckung, erklärte Stoltenberg. "So lange andere Staaten über Atomwaffen verfügen, muss auch das Bündnis atomar bewaffnet bleiben." (Weitere Infos dazu s. unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP10512\\_250512.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP10512_250512.pdf) .)

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Über die Einwände Frankreichs gegen die aggressive Expansionspolitik der USA und der NATO haben die deutschen Mainstream-Medien bisher nicht berichtet. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

## The New York Times

### Tested by Russia, NATO Struggles to Stay Credible

By STEVEN ERLANGER

MAY 31, 2016

BRUSSELS — Six weeks before a critical summit meeting aimed at bolstering NATO's deterrence against a resurgent Russia, the alliance is facing a long list of challenges. The first is to find a country to lead the last of four military units to be deployed in Poland and the three Baltic nations.

But that, analysts say, could be the least of its problems.

Security concerns are as high now as they have been since the end of the Cold War. As the immigration crisis has strained relations within the Continent, anxieties have been heightened by Russian military offensives in Crimea and eastern Ukraine, and a bombing campaign in Syria that has demonstrated Moscow's rapidly increasing capabilities. Lately, Russia has talked openly about the utility of tactical nuclear weapons.

Despite the growing threats, many European countries still resist strong measures to strengthen NATO. Many remain reluctant to increase military spending, despite past pledges. Some, like Italy, are cutting back. France is reverting to its traditional skepticism toward the alliance, which it sees as an instrument of American policy and an infringement on its sovereignty.

And that is not to mention the declarations of the presumptive Republican presidential nominee, Donald J. Trump, that NATO is "obsolete," that the allies are "ripping off" the United

States and that he would not really be concerned if the alliance broke up. While that may be campaign bluster, it does reflect a growing unwillingness in the United States to shoulder a disproportionate share of the NATO burden, militarily and financially.

The current concern, and a major element of what the NATO secretary general, Jens Stoltenberg, calls “the biggest reinforcement of collective defense since the end of the Cold War,” is the decision to put four combat battalions of up to 1,000 soldiers each in those front-line countries bordering Russia.

While Britain, Germany and the United States have agreed to lead one battalion each, to be filled out with soldiers from other NATO allies to preserve the idea of multinational forces, leadership of the fourth is not yet in sight as the July 8-9 summit meeting in Warsaw rapidly approaches.

The United States “is not thinking about doing two,” said its ambassador to NATO, Douglas E. Lute. “We’re planning to do one and get our allies to step up” for the other three. Continue reading the main story

But other larger nations like Italy and France have declined. Italy cut military spending after pledging to increase it two years ago in Wales. Its leaders say it is already participating in a newly enlarged alliance rapid-reaction force.

And France, which has reverted under the current Socialist government to a more mistrusting view of NATO and its American leadership, is stretched thin in its military campaigns in Mali, the Central African Republic and North Africa and Syria, let alone patrolling its own streets against terrorist attack.

France is likely to contribute only about 150 soldiers to the new deployments, NATO officials say, after finally agreeing to the idea of forward deployments in Poland after initial opposition. Germany, which six months ago opposed these deployments, agreed in return for efforts at renewed dialogue with Russia. It also agreed to lead one battalion.

So the search goes on for a fourth lead nation. Mr. Stoltenberg is confident it will be found by the summit meeting.

The deployments are important, because these combat battalions are designed not to be simple tripwires, but to be large enough and sufficiently well equipped to do an invader real damage. Then they can be reinforced more quickly with the enhanced rapid-reaction force and — another NATO and American decision — to station another United States armored combat brigade of around 5,000 soldiers in Europe (for a total of three) and to pre-position its heavy equipment like tanks and artillery.

Poland is demanding that some of that equipment be pre-positioned on its territory, but for the moment, most of it will go to Germany, Belgium and the Netherlands, which have storage and transport facilities dating from the Cold War.

Only now, in fact, is NATO actually surveying the infrastructure — the bridges, roads and railways — of relatively newer member states in Central and Eastern Europe, not having judged it necessary before to plan how to quickly reinforce them in case of a Russian invasion. Pre-positioning in Eastern Europe would currently require large sums for capital investment to build special new warehouses and infrastructure, Mr. Lute said.

NATO at a Glance

Poland, eager to send messages to Moscow, did succeed in advancing groundbreaking for

a ballistic missile defense site to coincide with the operational opening of one in Romania. While Mr. Stoltenberg and Washington insist that such missile defenses are not aimed at Russian intercontinental ballistic missiles, Moscow is not convinced.

Here, too, France has been skeptical, nervous that the reaction time of missile defense will circumvent the political oversight of the North Atlantic Council, the assembly of member states and their ambassadors that makes NATO decisions by consensus.

For the same reason, France has been reluctant to allow the NATO supreme commander, who is always an American general, too much authority to act in a crisis, which others say is needed to respond quickly.

But the initial missile defense program, combined with new forward deployments near Russia (to be rotated, to avoid calling them “permanent”) and an enlarged rapid reaction force, supposedly ready to deploy in 48 hours, all are a measure of how much Russia’s recent actions have changed NATO’s calculations.

NATO is trying to reassure vulnerable members like the Baltic States, Poland and even southern members, like Romania, Bulgaria and Turkey on the Black Sea, that the alliance intends to deliver on its promise of collective defense. Missile defense is part of the response, along with more naval exercises in the Black Sea and more consistent overflights by reconnaissance aircraft.

As Mr. Stoltenberg points out, the impact of Russian policy has finally pushed European members of NATO to at least halt the decades-long decline in military spending. This year, he said, estimates are that European allies will as a whole increase military spending, something Washington has been demanding, even though most are not yet spending the 2 percent of G.D.P. that is the NATO guideline.

Some 16 of the 28 member states have increased military spending in real terms, with only Italy, Bulgaria and Croatia still cutting, although they insist that the cuts are temporary. “I know the mood in Washington and I understand it: the Americans want to see the Europeans doing more, contributing more,” Mr. Stoltenberg said. “This has been my main message in European capitals.”

Still, there is another troubling Russia-related issue for NATO – how to deal with a new Russian military doctrine that considers the utility of tactical nuclear weapons at the beginning of a conflict, as a deterrent against an adversary retaking territory, followed by what planners call “a quick de-escalation.”

Some member nations believe that Russia already has nuclear weapons in the enclave of Kaliningrad, on the Baltic Sea, where it publicly displayed nuclear warheads in a previous exercise. Russia has been unclear about whether they have been removed.

While aware of public horror about using nuclear weapons, Mr. Stoltenberg, Mr. Lute and others emphasize that NATO “remains a nuclear alliance” and that its deterrence is meant to be “seamless,” ranging from responses to cyberattacks through conventional weapons and if necessary, nuclear weapons, too.

NATO does not regard its nuclear arsenal as having any use other than political deterrence, Mr. Stoltenberg said. “But as long as nuclear weapons exist in the world,” he said, “we have to remain a nuclear alliance.”